

## Riskante Substanzen

*Timo Bonengel* studierte Germanistik und Geschichtswissenschaft an der Universität Erfurt. 2019 wurde er dort am Lehrstuhl für Nordamerikanische Geschichte promoviert.

Timo Bonengel

# Riskante Substanzen

Der »War on Drugs« in den USA (1963–1992)

Campus Verlag  
Frankfurt/New York

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Geschwister Boehringer Ingelheim Stiftung  
für Geisteswissenschaften in Ingelheim am Rhein

Zugleich Dissertation an der Universität Erfurt

ISBN 978-3-593-51172-6 Print

ISBN 978-3-593-44349-2 E-Book (PDF)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links.

Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Copyright © 2020 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: US-Präsident Richard Nixon unterschreibt den »Drug Abuse Office and Treatment Act« (1972) © National Archives and Records Service / Richard Nixon Library

Gesetzt aus der Garamond

Druck und Bindung: CPI buchbücher.de, Birkach

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

[www.campus.de](http://www.campus.de)

# Inhalt

- Einleitung..... 7
  
- Die Entgrenzung von Abhängigkeit und »antisoziales« Verhalten:  
Therapie und Rehabilitation..... 41
  - 1. »A serious national threat«:  
Heroinabhängigkeit und das Epidemie-Modell ..... 42
  - 2. »Addicts into citizens«:  
Die modernen Therapieprogramme ..... 80
  
- Kontrollierter Drogenkonsum:  
Differenzierung und Liberalisierung?..... 121
  - 3. »Part of the mainstream of American life«:  
Marihuana und die Politik der Entkriminalisierung ..... 123
  - 4. »No adverse consequences«?  
Die (Un-)Beherrschbarkeit von Kokain ..... 166
  
- Drogen als Zerstörer von Potential:  
Prävention und Abschreckung ..... 206
  - 5. »A massive change in attitudes«: Drogen-  
prävention und die Verantwortung des Individuums..... 208
  - 6. »A kind of stalking horse«:  
Der medizinische Nutzen illegaler Drogen ..... 257
  
- Drogenkonsum und die Bedrohung von Reproduktion:  
Bestrafung um jeden Preis?..... 296

7.	»The worst threat is mom herself: Crack-Konsum und Mutterschaft .....	298
8.	»The wrong message«: Spritzentausch als Mittel der AIDS-Prävention.....	333
	Schluss: »A disease of free will«?.....	370
	Dank .....	388
	Abkürzungen.....	390
	Quellen und Literatur.....	392
	Quellen .....	392
	Literatur .....	419

# Einleitung

»Any discussion of drug use inevitably [...] involves the consideration of individual and social risk. Drug use as a risk-taking and risk-producing behavior is the heart of the matter.«<sup>1</sup>

»What we think about addiction very much depends on who is addicted.«<sup>2</sup>

Was haben ein Rapper, ein Großunternehmer und eine Bürgerrechtsaktivistin gemeinsam? Was wie der Anfang eines weniger gelungenen Witzes klingt, hat in Wirklichkeit keine Pointe. Alle drei, der Rapper Jay-Z, der Unternehmer Sir Richard Branson und die Bürgerrechtsaktivistin Michelle Alexander, sind prominente Kritiker des »War on Drugs« – sowohl in seiner weltweiten als auch in seiner US-amerikanischen Gestalt. Branson, Philanthrop und Gründer der Virgin Group, erklärte 2016: »Der Krieg gegen die Drogen war immer auch ein Krieg gegen Menschen. Unverhältnismäßig zielte er vor allem auf Minderheiten, die Armen und Entrechteten.«<sup>3</sup> Jay-Z schlug ebenfalls in diese Kerbe, als er im gleichen Jahr den rassistischen Charakter des »War on Drugs« in den USA kritisierte: »Die New Yorker Polizei durchsuchte in Brooklyn unsere Nachbarschaft, während in Manhattan Banker in der Öffentlichkeit Crack konsumierten und straffrei blieben.«<sup>4</sup> Die Juristin Alexander hatte schon 2010 für Aufsehen gesorgt, als sie ihre Studie *The New Jim Crow* veröffentlichte. Darin belegt sie, welche drastischen Konsequenzen der »War on Drugs« für Hispanics und Afroamerikaner\*innen mit sich bringt. Nicht nur wurden und werden sie in unverhältnismäßigen Zahlen wegen Drogendelikten festgenommen, sondern auch häufiger verurteilt und härter bestraft als Weiße. Durch massenhafte Verhaftungen und Verurteilungen auch wegen nicht-gewalttätiger Drogendelikte (»possession« beziehungsweise »simple possession«) wird, so Alexander, den derart Stigmatisierten systematisch die gesellschaftliche und ökonomische Teilhabe erschwert. Der moderne »War on Drugs« seit Mitte der 1980er Jahre, den Alexander zu

---

1 Die unter Richard Nixon einberufene National Commission on Marihuana and Drug Abuse in ihrem Abschlussbericht. National Commission on Marihuana and Drug Abuse 1973, S. 93.

2 Der Sozialhistoriker David Courtwright in seiner Geschichte des Opiatkonsums in den USA. Courtwright 2001, S. 4.

3 Branson 2016.

4 Spiegel Online 2016.

Recht vor allem hinsichtlich des intensivierten Strafverfolgungsansatzes analysiert, stellt in ihren Augen eine Reaktion auf die Erfolge des Civil Rights Movement in den 1960er und 1970er Jahren dar. Die neuen Rechte und Freiheiten, die sich Afroamerikaner\*innen erkämpft hatten, würden ihnen durch die Eskalation einer rassistischen Drogenpolitik wieder systematisch entzogen.<sup>5</sup> Mit dieser schlüssigen Interpretation steht Alexander im wissenschaftlichen Feld nicht allein da. Rechts-, politik-, sozial- und geschichtswissenschaftliche Studien stützen ihre These.<sup>6</sup> Die meisten dieser Arbeiten konzentrieren sich ebenfalls auf den Zeitraum vom Ende der 1980er Jahre bis in die Gegenwart, und das verständlicherweise: Denn auch wenn Richard Nixon bereits im Sommer 1971 eine »neue, uneingeschränkte Offensive« gegen Drogen ausrief,<sup>7</sup> kam es erst ab dem Ende der 1980er Jahre zu einem drastischen Anstieg der Verhaftungen und Verurteilungen wegen Drogendelikten. Da diese Tendenz ein plastisches und unmittelbares Symptom von gesellschaftlichem und institutionalisiertem Rassismus darstellt, ist es nicht nur nachvollziehbar, sondern auch dringlich, diesen Aspekt zu beleuchten. Das hat allerdings zu einer doppelten Schiefelage beziehungsweise Verzerrung geführt.

Die moderne US-Drogenpolitik wurde und wird in den genannten Disziplinen meistens hinsichtlich des Strafverfolgungsansatzes analysiert und nicht als umfassendere Sozial- und Gesundheitspolitik. Das wiederum scheint zu einer Verzerrung in der öffentlichen Wahrnehmung beigetragen zu haben, und hier kommt wieder Richard Branson ins Spiel. Branson hat Recht, wenn er den diskriminierenden Charakter des »War on Drugs« kritisiert. Er liegt aber auch daneben. Ahnungsvoll deutete er beispielsweise an: »Als US-Präsident Richard Nixon 1971 illegale Drogen zum ›Staatsfeind Nummer eins‹ erklärte, hatten wenige eine Ahnung davon, was ihn wirklich dazu trieb, einen weiteren Krieg anzufangen.«<sup>8</sup> Branson berief sich anschließend auf ein angebliches Zitat von Nixons innenpolitischem Berater John Ehrlichman. Dieser habe erklärt, die Nixon-Regierung habe absichtlich Hip-

---

5 Vgl. Alexander 2012.

6 Konkret zur Verbindung Rassismus und »War on Drugs« siehe Duster 1997, S. 260–287, Provine 2007 und Murch 2015, S. 162–173. Zu einer breiteren Einbettung in »tougher« werdende Politik und deren rassistische Implikationen sowie eine Übersicht über entsprechende rechts- und sozialwissenschaftliche Studien siehe Kapitel 7.

7 Richard Nixon Foundation 2016.

8 Branson 2016.

pies mit Marihuana und Afroamerikaner<sup>9</sup> mit Heroin in Zusammenhang gebracht und dann beide Substanzen kriminalisiert, um diese Gruppen zu unterdrücken. Nun stecken in Bransons Andeutungen auch zutreffende Aspekte: Nixon weigerte sich tatsächlich, den Empfehlungen einer von ihm einberufenen Kommission zu folgen, und den Besitz geringer Mengen von Marihuana zu entkriminalisieren. Noch bevor die Kommission Ergebnisse veröffentlichte, hatte der Präsident öffentlich erklärt, er werde einer solchen Empfehlung nicht nachkommen. Marihuana war allerdings bereits seit 1937 auf Bundesebene kriminalisiert. Gesetzgeber\*innen reduzierten unter der Nixon-Regierung die Strafen für den Besitz der »Hippie-Droge« sogar im *Controlled Substances Act* von 1970. Und nicht nur die Nixon-Regierung brachte Afroamerikaner mit Heroin in Verbindung, das taten auch Medien und Wissenschaftler\*innen. Der private Besitz von Opiaten war zudem schon seit 1914 de facto illegal, seit 1956 war es Heroin in jeglichem Verwendungskontext. Außerdem setzte ausgerechnet der bei Linksliberalen wenig beliebte Nixon zu Beginn des »War on Dugs« liberale Psychiater als Regierungsexperten für Drogenpolitik ein und bedachte Forschung, Therapie und Rehabilitation mit massiven finanziellen Aufstockungen.

*The House I Live In* zeigt, dass Bransons Ansicht, moderne Drogenpolitik sei in den USA lediglich ein Mittel zur bewussten Unterdrückung verarmter ethnischer Minderheiten, weit verbreitet ist. In der preisgekrönten Dokumentation des Regisseurs Eugene Jarecki von 2012 steht ebenfalls der strafende Ansatz des »War on Drugs« seit den späten 1980er Jahren im Mittelpunkt. Auch Michelle Alexander kommt darin zu Wort und auch Jareckis Film belegt eindrücklich und richtigerweise die rassistische Schlagseite des Strafverfolgungsansatzes. Auf dem Filmplakat heißt es jedoch: »The War on Drugs Has Never Been About Drugs«. <sup>10</sup> Und so richtig das Argument der rassistischen Diskriminierung ist, so falsch ist eben die Behauptung, es sei im »War on Drugs« überhaupt nicht um Drogen gegangen und diese seien bloß ein Vorwand.

Die Studienlage und eine verzerrte öffentliche Wahrnehmung erfordern es, den »War on Drugs« zu historisieren und nicht nur als bewusst rassistische Politik von Kriminalisierung und Bestrafung zu begreifen. Ich möchte

---

<sup>9</sup> In diesen Diskursen ging es um Abhängigkeit als männliches Phänomen, weshalb ich hier und in weiteren ähnlichen Fällen keine gegenderte Pluralform verwende. Zur Geschlechterdimension in diesen Diskursen um Drogenkonsum und -abhängigkeit siehe auch Kapitel 7.

<sup>10</sup> Siehe den Eintrag zur Dokumentation in der Internet Movie Database: IMDb 2018.

damit nicht die Argumente von Alexander und anderen Rechts- und Sozialwissenschaftler\*innen widerlegen, sondern vielmehr ihre Perspektive ergänzen: Sie haben Recht, dass der Strafverfolgungsansatz unverhältnismäßig Afroamerikaner\*innen und Hispanics, und damit verbunden, in Armut lebende Menschen betrifft. Meine Perspektive stärkt dieses Argument eher, anstatt es zu verwässern. Wir werden sehen, dass der »War on Drugs« nicht auf eskalierende Verhaftungen und Haftstrafen begrenzt ist. Er ist nicht nur ein Vorwand, um ethnische Minderheiten ihrer Rechte und Freiheiten zu berauben. Es ging auch im »War on Drugs« um Gesundheit und Leistungsfähigkeit, um Produktivität, Potential und Reproduktion. Aber auch hier spielten gesellschaftliche Kategorien eine Rolle: Stereotypisierungen und diskriminierende Politiken beschränkten sich nicht auf den strafenden Ansatz. Stattdessen ist mein Argument, dass sich soziale Ordnungsvorstellungen und diskriminierende Praktiken viel subtiler auch über diese Diskurse um Gesundheit, Produktivität, Potential und Reproduktion entfalten, die neben Vorstellungen von Sicherheit und Kriminalität zentral für die moderne Drogenpolitik der USA sind. Deshalb genügt es nicht, den »War on Drugs« als reines Ensemble von strafenden Praktiken zur bewussten Unterdrückung von Minderheiten zu begreifen – es wird der viel durchdringenderen Wirkung sozialer Ordnungsvorstellungen nicht gerecht.

Ein solcher Ansatz fehlt bisher auch in der geschichtswissenschaftlichen Debatte um die US-amerikanische Drogenpolitik, einem zwar nicht überbordenden, aber florierenden Feld. Grundlegend sind hier beispielsweise David Courtwrights Sozialgeschichte des Opiatkonsums vom 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts<sup>11</sup>, seine Oral History mit Abhängigen aus den 1920er bis 1960er Jahren<sup>12</sup> und die politikgeschichtlichen Studien von David Musto, die sich vom 19. Jahrhundert bis zum Anfang der 1980er Jahre erstrecken und primär insitutionen- und gesetzesorientiert funktionieren.<sup>13</sup> Darüber hinaus existieren sozial-, wirtschafts- und kulturgeschichtliche Untersuchungen einzelner Substanzen, von Alkohol über Marihuana, Kokain und Heroin bis zu verschiedenen Medikamenten.<sup>14</sup> Neben eher narrativ angelegten Werken zur Geschichte verschiedener Abhängigkeitstherapien<sup>15</sup>

---

11 Vgl. Courtwright 2001.

12 Vgl. Courtwright u. a. 2012.

13 Vgl. Musto 1999 und Musto/Korsmeyer 2002.

14 Vgl. Levine 1984, S. 109–119, Tracy 2005, Valverde 1998, Dufton 2017, Spillane 2000, Gootenberg 2008, Schneider 2008, Tobbell 2012, Rasmussen 2008, Herzberg 2010 und Tone 2009.

15 Vgl. White 1998 und Clark 2017.

haben Historikerinnen Entstehung und Handlungslogiken der wissenschaftlichen Abhängigkeitsforschung vom Anfang des 20. Jahrhunderts bis in die 2000er Jahre analysiert.<sup>16</sup> Ebenso existieren eine gesellschafts- und politikgeschichtliche Aufarbeitung der längeren Geschichte von Drogenkonsum und -politik samt eher konservativer Interpretation<sup>17</sup> sowie eine Geschichte bundesstaatlicher Drogenpolitiken vom Zweiten Weltkrieg bis zum Anfang der 1970er Jahre.<sup>18</sup> Auch vergleichende Studien der US-amerikanischen und der deutschen Drogenpolitik gehören inzwischen zum Kanon der geschichtswissenschaftlichen Literatur.<sup>19</sup> In den meist rechts-, politik- und sozialwissenschaftlichen Studien zum »War on Drugs« dominiert eine Analyse des strafenden Ansatzes, von Gesetzen, Verhaftungs- und Verurteilungsraten.<sup>20</sup> Eine systematische historische Analyse des modernen »War on Drugs« als Sozial- und Gesundheitspolitik fehlt bislang. Damit zusammenhängend haben noch keine Untersuchungen das Verhältnis der Wissenschaft(en) zum »War on Drugs« in den USA beleuchtet. Die populäre Ansicht lautet hier, es handle sich um einen »nicht wissenschaftsbasierten« Auswuchs einer moralischen und rassistischen Agenda, der durch mehr Einfluss der Wissenschaft korrigiert werden könne und müsse. Die *Drug Policy Alliance*, eine prominente Organisation in den USA, die sich für eine Liberalisierung der Drogenpolitik einsetzt, erklärt beispielsweise, die moderne Drogenpolitik widerspreche »vollkommen jeder wissenschaftlichen Vernunft«.<sup>21</sup> Die Journalistin Kathrin Zinkant forderte 2014 auf *Zeit Online* angesichts aktueller Drogenpolitik ganz allgemein, diese gehöre »auf [ein] wissenschaftliches Fundament«.<sup>22</sup> War und ist Drogenpolitik also »nicht wissenschaftsbasiert«?

Diese Frage ist der Ausgangspunkt meiner Untersuchung, in der ich mich auf den Zeitraum von den frühen 1960er Jahren bis in die frühen 1990er Jahre konzentriere. Das umfasst den Beginn des »War on Drugs«, den Nixon im Sommer 1971 ausrief und deckt die Amtszeit von George H. W. Bush mit ab, unter dem die moderne Drogenpolitik der USA ihre stärker strafende Gestalt erhielt. Gleichzeitig eröffnet der Untersuchungszeitraum einen Blick, der sich von der Konzeption moderner Therapiepro-

---

16 Vgl. Acker 2002 und Campbell 2010.

17 Vgl. Jonnes 1996.

18 Vgl. Frydl 2013.

19 Vgl. Lewy 2017 und Briesen 2005.

20 Zum Kanon der sozialwissenschaftlichen Forschungsliteratur gehören auch ethnografische Studien. Siehe etwa Bourgois/Schonberg 2009 und Bourgois 2003.

21 Drug Policy Alliance, Office of Academic Engagement 2018.

22 Zinkant 2014.

gramme seit den frühen 1960er Jahren bis über die politisch, wissenschaftlich und gesellschaftlich bedeutsamen Phänomene von Crack-Kokain und der HIV/AIDS-Krise erstreckt. Das erlaubt mir, die moderne US-amerikanische Drogenpolitik in ihren verschiedenen Facetten auszuleuchten sowie Entstehung und Entwicklung des modernen »War on Drugs« als Sozial- und Gesundheitspolitik nachzuzeichnen.

Angesichts der wissenschaftlichen Forschungslücke und von verzerrten populären Deutungen ist es an der Zeit, den US-amerikanischen »War on Drugs«, im öffentlichen Diskurs häufig *das* Symbol für unvernünftige strafende Drogenpolitik schlechthin, dahingehend historisch zu untersuchen, inwieweit verschiedene Vorstellungen von Gesundheit und »deviantem« Verhalten von Bedeutung sind, wie diese mit der sozialen Ordnung zusammenhängen und welche Rolle wissenschaftliches Wissen und wissenschaftliche Expert\*innen spielen. Wie aber lassen sich diese Fragen genauer formulieren, theoretisch rahmen und sinnvoll beantworten?

Eine Analyse sozialer Ordnungen als Analyse von Problematisierungen

Das »Regieren« allgemein, und damit auch die US-amerikanische Drogenpolitik, lässt sich als ein Ensemble aus Problematisierungen und Lösungsstrategien beschreiben. Das ist, auf den Punkt gebracht, der Ansatz dieses Buchs. In einem umfassenderen Sinn schrieb der Philosoph Michel Foucault dazu: »Nun, wenn die Arbeit des Denkens einen Sinn hat – dann den, die Art und Weise, wie die Menschen ihr Verhalten [...] problematisieren, an ihrer Wurzel wieder aufzugreifen.«<sup>23</sup> In Teilen der Geschichtswissenschaften ist es inzwischen beinahe selbstverständlich geworden, sich auf Foucault zu berufen. Trotzdem oder gerade deswegen bedarf das einer sinnvollen Begründung, zumal, wenn man sich mit einem Zitat schmückt, in dem es ganz grundsätzlich um den »Sinn« der »Arbeit des Denkens« geht.

Moderne liberale Gesellschaften werden über Problematisierungen regiert, und eine Geschichte von Regierungsweisen und -strategien kann, in den Worten von Peter Miller und Nikolas Rose, als eine »Geschichte von Problematisierungen« geschrieben werden.<sup>24</sup> Dabei geht es nicht nur um das »Regieren« in einem institutionellen Sinn, in dem eine Gesellschaft durch Exekutive, Legislative und Judikative regiert wird, durch das Verabschieden

---

<sup>23</sup> Foucault 2005b, S. 751.

<sup>24</sup> Miller/Rose 2008, S. 61.

und Durchsetzen von Gesetzen. Dieser Aspekt spielt eine wichtige Rolle, doch allgemeiner sind gesellschaftliche Ordnungen untrennbar mit Aushandlungsprozessen in Bezug auf Problemdefinitionen und -lösungen verbunden: Wo kein Problem ausgemacht wird, finden keine Debatten, Positionierungen und Interventionen statt, kein handelndes Einwirken. Durch diese Praktiken, die Positionierungen verschiedener Akteur\*innen im Diskurs, wird überhaupt erst eine Ordnung ins Soziale gebracht. Gesellschaften strukturieren sich nicht von selbst. Deshalb bedeutet »Regieren« in diesem Zusammenhang die Ordnung von Gesellschaften durch eine Vielzahl an Aushandlungs- und Differenzierungspraktiken hinsichtlich Problemdefinitionen und -lösungen.

In Foucaults Werken waren Problematisierungen in Bezug auf »Wahnsinn« und Sexualität zentral, und zwar hinsichtlich ihres »produktiven« Potentials: Er analysierte, wie durch das Sprechen über und Handeln angesichts von Sexualität (oder eben »Wahnsinn«) der entsprechende Gegenstand durch Problematisieren maßgeblich abgesteckt wird und wie in diesen Diskursen Normen gesetzt werden, die dann zu Selbstverständlichkeiten werden. Der entscheidende Vorteil der historischen Analyse von Problematisierungen ist, dass mit diesem Konzept die Positionierung in einer erkenntnistheoretischen Auseinandersetzung umgangen werden kann, die inzwischen seit mehreren Jahrzehnten geführt wird und immer noch aktuell ist.<sup>25</sup> Denn indem man analysiert, *wie* zu einem gegebenen Zeitpunkt oder in einem bestimmten Zeitraum etwas problematisiert wird und welche Lösungsstrategien in Anschlag gebracht werden, verschreibt man sich weder einem radikalen Sozialkonstruktivismus noch einer essentialistischen, positivistischen Sichtweise. Dazu schreibt Foucault: »Problematisierung bedeutet nicht die Darstellung eines zuvor existierenden Objekts, genauso wenig aber auch die Erschaffung eines nicht existierenden Objekts durch den Diskurs.«<sup>26</sup> Mit anderen Worten: Problematisierungen zu analysieren verneint nicht, dass diese um einen tatsächlich existierenden Gegenstand beziehungsweise ein reales Phänomen kreisen. Andererseits verfällt eine Analyse von Problematisierungen nicht dem Irrglauben, man könne diesen existierenden

---

25 Zur Debatte um Sozialkonstruktivismus und Essentialismus/Positivismus speziell in der Wissenschaftssoziologie und -geschichte Ende der 1990er Jahre siehe Brown 2001. Zu aktuellen Debatten siehe exemplarisch die – je nach Ansicht – Kritik oder Polemik dreier Wissenschaftler\*innen bezüglich der postmodernen »Cultural Studies« in den USA: Lindsay/Boghossian/Pluckrose 2018. Zu einer kritischen Einordnung siehe Egginton 2018.

26 Foucault 2005c, S. 826.

Gegenstand objektiv eins zu eins abbilden, definieren, und es würde auf das gegebene Problem mit einer vordeterminierten Lösung reagiert. So beschreibt auch der Anthropologe Paul Rabinow Foucaults Konzept der Problematisierungsweise, das in dessen eigenen Werken skizzenhaft geblieben ist. Rabinow schreibt, dass sowohl die Art der Problemdefinition als auch die entsprechenden Lösungsstrategien Teil eines Aushandlungsprozesses sind, an dem unterschiedliche Akteur\*innen teilhaben. In seinen Augen

»verweist [Foucault] auf einen historischen Raum bedingter Kontingenz, der in Bezug auf eine umfassendere Situation entsteht, die sich durchaus als real erweist, dennoch aber nicht fix oder statisch ist. Auf diese Weise wird der Bereich einer Problematisierung von ökonomischen Bedingungen, wissenschaftlichen Erkenntnissen, politischen Akteuren und weiteren zueinander in Beziehung stehenden Vektoren konstituiert.«<sup>27</sup>

Ähnlich argumentiert der Soziologe und Kriminologe David Garland, wenn er über soziale Probleme und deren Wahrnehmung schreibt: »Strictly speaking, the »extent« of a problem is never simply »revealed«. Like the problem's character, or causes, or consequences, it is a property that is subject to dispute and collective negotiation.«<sup>28</sup> Auch Garland reiht sich mit dieser Perspektive nicht in einen radikalen Sozialkonstruktivismus ein, denn er stellt nicht in Abrede, dass es durchaus möglich ist, der Natur und dem Ausmaß eines Problems näher zu kommen – aber eben niemals ganz – oder ferner zu bleiben.

Das grundsätzliche erkenntnistheoretische Problem bleibt aber bestehen. Deshalb werde ich nicht untersuchen, wer wann wie viele Drogen konsumierte oder wie viele Abhängige zu einem bestimmten Zeitpunkt existierten, wie viele psychoaktive Substanzen produziert und konsumiert wurden und welche politischen Strategien angesichts der jeweiligen Problemlage richtig oder falsch waren. Denn so legitim solche eher traditionell sozial- und politikgeschichtlichen Ansätze und Argumente sind, sie sind auch problematisch: Letztlich gibt es, um beim Gegenstand der Drogenpolitik zu bleiben, keinen objektiven, natürlichen Maßstab der Problematisierung. Sicher, psychoaktive Substanzen »machen« etwas, haben Effekte – sonst würden sie nicht konsumiert. Doch ab wann werden sie zu welcher Art von Problem für die Gesellschaft? Sind fünf Prozent der High School Seniors, die in einer Umfrage angeben, mindestens einmal pro Monat Marihuana zu rauchen, ein

---

27 Rabinow 2004, S. 41.

28 Garland 2008b, S. 13.

Problem? Sechs Prozent? Oder schon ein Prozent? Wie viele Abhängige von welcher Substanz muss eine Statistik ausweisen, um als problematisch betrachtet zu werden? Und ab wie vielen Drogentoten ist eine Politik der unbedingten Abschreckung gerechtfertigt? Zwei? 100? 500? 1.000? Ab wann gesellschaftlich über ein Problem gesprochen werden *muss*, ab wann (politischer) Handlungsbedarf *besteht* und welcher Art die Lösung sein *muss*, ist nicht objektiv festzulegen, auch nicht rückblickend in der Historiographie. Indem ich mich auf Aushandlungs- und Definitionsprozesse konzentriere, versuche ich diese Problematik zu umgehen. Es geht mir nicht um das »tatsächliche« Ausmaß von Drogenkonsum und um die richtige Strategie im Umgang damit, sondern um Denk- und Wahrnehmungsweisen sowie Handlungslogiken, die in einer spezifischen historischen Situation eine bestimmte Problemdefinition und -lösungsstrategie(n) erst dominant werden lassen. Gleichzeitig untersuche ich konkurrierende Problemdefinitionen und -lösungsansätze hinsichtlich der ihnen gemeinsamen Bedingungen des Sagbaren.<sup>29</sup> Diese konkreten Problemdefinitionen und Lösungsstrategien können durchaus Teil einer längeren Geschichte sein, also nicht vollkommen willkürlich oder beliebig. Sie entstehen aber auch nicht einem bereits feststehenden ahistorischen Kausalitätsprinzip folgend. Ich schreibe auch keine Kulturgeschichte bestimmter Substanzen, sondern eine Geschichte darüber, wie über bestimmte Substanzen und Konsument\*innen gesprochen, gedacht und wie angesichts dessen gehandelt wird.

Ein solches Vorgehen erlaubt einen Blick auf gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen, die sowohl die Definition und Lösung von Problemen beeinflussen als auch durch diese strukturiert werden. »What we think about addiction very much depends on who is addicted«, schreibt der Historiker David Courtwright in seiner Sozialgeschichte des Opiatkonsums in den USA.<sup>30</sup> Mit dem Konzept der Problematisierung im Hinterkopf und der entsprechenden erkenntnistheoretischen Zurückhaltung könnte man den Ausgangspunkt dieses Buchs in Anlehnung an Courtwright etwa so formulieren: Was wir über Drogen, Konsument\*innen und Abhängige denken, wie wir diese Begriffe konkret definieren und wie angesichts dessen gehandelt wird, hängt auch davon ab, *wen* wir mit Drogen(konsum) und Abhängigkeit assoziieren. Genau darum geht es: Wie werden in einer spezifischen historischen Situation bestimmte psychoaktive Substanzen und deren Konsument\*innen problematisiert, welche Lösungsstrategien setzen sich durch und was hat das

---

29 Vgl. Foucault 2005a, S. 732 f.

30 Courtwright 2001, S. 4.

damit zu tun, welche Menschen und sozialen Gruppen mit diesen Substanzen in Verbindung gebracht werden? Wie wird eine Gesellschaft über die Problematisierung von psychoaktiven Substanzen und deren Konsument\*innen regiert, wie wird in diesen Diskursen eine soziale Ordnung ausgehandelt, fortgeschrieben oder transformiert? Damit steht die jeweilige Problematisierungsweise im Mittelpunkt, nicht die Untersuchung des Problems »an sich«. Ich gehe deshalb bei der Analyse der entsprechenden Problematisierungen so vor, wie es die Ethnologin Ulrike Klöppel fordert: »[E]in in den Quellen beschriebenes Problem [ist] nicht einfach als Gegebenheit zu akzeptieren, sondern muss als strategische Intervention in ein dynamisches Feld gesellschaftlicher Auseinandersetzungen verstanden werden.«<sup>31</sup> Hier schließt sich der Kreis: Problematisierungen als »strategische Interventionen« zu verstehen, meint genau das, worauf sich Peter Miller und Nikolas Rose beziehen, wenn sie von einer »Geschichte des Regierens« als einer »Geschichte von Problematisierungen« schreiben.

Um Problematisierungsweisen in Bezug auf Drogen zu untersuchen, hilft es, sich den Referenzrahmen zu vergegenwärtigen, in dem seit etwa dem 19. Jahrhundert vermehrt politisch, wissenschaftlich und gesamtgesellschaftlich problematisiert wird.

### Biopolitik und Risiko in modernen Gesellschaften

Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts war die politische Macht in Staaten und Territorien zumeist in der Person des Souveräns konzentriert, der mit göttlicher Legitimation über Leben und Tod seiner Untertan\*innen entscheiden konnte. Mit der Aufklärung begann sich etwas an der Art und Weise zu verändern, wie Gesellschaften regiert wurden. Die souveräne Macht verschwand nicht von der Bildfläche, trat aber in den Hintergrund. In einer griffigen Gegenüberstellung schreibt Foucault, dass das souveräne Recht, »sterben zu machen oder leben zu lassen« ergänzt wurde um eine neue, umgekehrt wirkende Macht, nämlich die, »leben zu »machen« und sterben zu »lassen«.<sup>32</sup> Während die Rolle des Souveräns in den westlichen Gesellschaften an Bedeutung verlor, gewann im 19. Jahrhundert eine neue Art des Regierens an Bedeutung. Nicht mehr das Drohen mit dem Tod, sondern das Einwirken auf das Leben der Bürger\*innen stand im Vordergrund. Regieren

---

31 Klöppel 2010, S. 256.

32 Foucault 2010, S. 64 f.